



FRISCHER WIND FRÜHJAHR 2019

Liebe Stockstädterinnen und Stockstädter,

Jutta Herzog

das Jahr 2019 schreitet voran, die Osterfeiertage liegen bereits hinter uns und vor uns erstreckt sich der angenehme Teil des Jahres. Wir freuen uns auf eine schöne, warme und helle Festsaison voller Gemeinschaft und Lebensfreude. Bitte unterstützen Sie die Vereine und Organisationen, die uns jedes Jahr einen abwechslungsreichen Blumenstrauß an traditionellen Festen und Aktionen bieten.

Was uns politisch bewegt, haben wir auf den folgenden Seiten für Sie zusammengestellt. Selbstverständlich kann dies wie immer nur ein kurzer Abriss dessen sein, was wir erarbeiten und mit was wir uns beschäftigen. Wir hoffen, dass das eine oder andere Thema Ihr Interesse weckt.

Für uns alle plötzlich und überraschend wurde die **Aufhebung der Tonnagebeschränkung auf der Hauptstrasse** durch die Strassenbaubehörde des Kreises auf unsere Agenda gedrängt. Es fehlt uns jegliches Verständnis dafür, dass der Marktgemeinderat nicht im Vorfeld über diese Maßnahme informiert wurde und sich nunmehr vollendeten Tatsachen gegenübergestellt sieht. Hektische Zusammenkünfte, Telefonate und würdeloses, mühsames Sammeln von Informationen war die Folge. Wir haben selbstverständlich umgehend unsere Kreistagsfraktion und den stellvertretenden Landrat zurate gezogen und um Unterstützung ersucht. Gespräche mit dem Bürgermeister und den Mitarbeitern der Verwaltung haben ergeben, dass bereits Schriftverkehr und Termine zur Klärung anberaumt seien. Wir hoffen sehr, dass die Kreisverwaltung unseren Argumenten folgen kann, denn eins ist klar: Stockstadt ist sich einig und wir stehen zusammen, wenn es um die Sicherheit unserer Bevölkerung geht.

Wir werden mit Nachdruck und Beharrlichkeit all unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um den Schwerlastverkehr, der nicht die Geschäfte und Betriebe nördlich der Bahnlinie andient, aus dem Altort zu verbannen.

Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten, und zwar an den richtigen Stellen und dies zielführend. Es ist überaus lobenswert, dass Sie Ihre Meinung bezüglich der Aufhebung der Tonnagebeschränkung zum Ausdruck gebracht haben; vielen Dank für alle Missfallensbekundungen, Anrufe, emails und Unterschriften. Diese werden sicher zur Bekräftigung dessen dienen, was unser aller Wille ist:

größtmögliche Sicherheit auf unseren Straßen, Emissions- und Lärmreduktion und schnelle Mobilität für alle.

Wir unterstützen die Verwaltung in ihren Bestrebungen, eine Einigung mit der Kreisbehörde zu finden. Sollte diese nicht gelingen, fordern wir die Einrichtung eines "runden Tischs" mit allen Beteiligten: Der Bevölkerung von Stockstadt, vertreten durch die Fraktionen des Marktgemeinderats,

der Marktgemeindeverwaltung, der Straßenbaubehörde und der Polizei. Sollte dieser ebenfalls nicht zu einer zufriedenstellenden Lösung finden, müssen wir versuchen, die Hauptstraße zu einer Ortsstraße umzuwandeln. Diese gäbe uns die größte Souveränität bezüglich des Verkehrs in unserem Stockstadt.

ERFREULICHE NACHRICHTEN AUS UNSERER LANDTAGSFRAKTION:

Dig Bürger werden zukünftig nicht mehr mit Straßenausbaubeiträgen behelligt. Die allzu häufig ruinösen Zahlungen, auf die Grundstückbesitzer bei Erneuerung der Straßen zukamen, gehören der Vergangenheit an.

(ausführlicher Bericht auf den folgenden Seiten)

Familien werden weiter entlastet: Kindergärten in Stockstadt seit 01.04.2019 beitragsfrei!

Mit der Umsetzung eines zentralen Punktes des Koalitionsvertrages zwischen CSU und Freien Wählern werden Familien spürbar finanziell entlastet. Dank der bereits äußerst günstigen Kindergartengebühren in unserer Gemeinde besuchen seit April Kinder ab dem Eintritt (3. Lebensjahr) bis zur Einschulung den Kindergarten kostenlos. Sehr schön, dass durch diesen Beschluss unser langjähriges Bemühen um kostenfreie Kindergartenplätze nun erfüllt ist.



Beim Bundesparteitag der Freien Wähler in der Stadthalle Aschaffenburg wurde das Programm für die Europapolitik diskutiert und festgezurrt. **Unser Motto lautet: "Unsere Heimat Europa"**, denn ein friedlicher und stabiler Zusammenschluss der europäischen Staaten sichert auch unser Zuhause in Franken.

Die umstrittene Reform des Urheberrechts (Stichwort: Artikel 13; "Uploadfilter") wurde von uns Deligierten mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Europaabgeordnete Ulrike Müller hat im Parlament dementsprechend gegen die Reform und für Meinungsfreiheit und Vielfalt im Internet votiert.

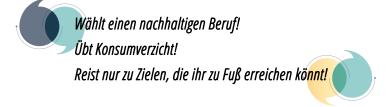
Es blüht wieder: Dank unseres Antrags zum Haushalt (siehe auch der Beitrag zur Haushaltsrede) konnten erweiterte Mittel zur Stärkung der Biodiversität eingeplant werden. Wir müssen uns aktiv um unsere Umwelt und unsere Flora kümmern; die klimatischen Bedingungen ändern sich zu schnell, als dass sich eine natürliche Anpassung einstellen könnte. Wir bleiben aktiv für Sie, Ihre Kinder und Enkel und für unsere Schöpfung.



VOM PROTEST ZUR VERNÜNFTIGEN TAT:

Eine freie Liste für Stockstadt

Nehmen wir das jüngste Beispiel. Schüler demonstrieren für Klimaschutz während der Schulzeiten. Nähert man sich der Thematik oberflächlich, z. b. administrativ, wird einem dazu der Begriff Schulschwänzer einfallen. Nähert man sich dem Thema nicht ganz so oberflächlich, also argumentativ oppositionell, könnte man den jungen Leuten ein paar Gebote an die Hand geben zur Erhöhung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit, also:



Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Sie dient aber nicht der Problembewältigung, sondern der Verunsicherung der Vertreter dieser Idee des Klimaschutzes. Die Lösung des Problems scheint zu sein, das Ziel organisiert strategisch zu verfolgen, als Mitglied einer Ökopartei oder einer Umweltschutzorganisation. Schwierig dabei ist, dass jede Organisation je fundamentaler sie ist, umso mehr die Aufgabe der eigenen Individualität erfordert. Fleischkonsum wird zum Verbrechen und die Anbetung der Parteiführung zur Pflicht.

Das politische Instrument hierzu ist eine freie Liste.

Was ist die Lösung?

Im Grunde genommen das, was wir seit 30 Jahren versuchen deutlich zu machen. Die Komplexität des Lebens schließt nahezu alle einseitigen Festlegungen aus. Das Leben verlangt nach Konexität, Subsidiarität, Individualität, Spontanität und Kreativität. Diese Begriffe sind das Gegenteil von Parteipolitik, wobei Parteipolitik hier nicht nur politisch gemeint ist. Auch ein Fußballverein tut gut daran, seine Fans zu pflegen, seine Ein- und Ausgaben im Griff zu haben, seine Spieler gemäß ihrer Fähigkeiten einzusetzen und mit überraschenden Spielzügen den Gegner in Bedrängnis zu bringen. Ins Politische umgesetzt bedeutet dies, man braucht Menschen, die etwas tun wollen für sich und ihre Umwelt, wobei Umwelt hier über das rein ökologische weit hinausgeht. Will man solche zur Tat entschlossenen Menschen nicht frustrieren, darf man ihnen nicht mit Programmen kommen, sondern muss sie als Subjekt agieren lassen.

Das politische Instrument hierzu ist eine freie Liste.

Frei – nicht im Sinne des Liberalismus, sondern frei von einem verpflichtenden Programm.

Frei – sich für einzelne Punkte eines Programms zu entscheiden und dann, um den Kreis zu schließen, für den Klima- und Umweltschutz das zu tun, was einem selbst möglich ist – sei es als Bürger oder als Gemeinderat.

Hierzu bietet sich 2020 die Möglichkeit.
Kandidieren Sie 2020 für den Gemeinderat!
Sei es auf unserer Liste oder wo auch immer.
Ersetzen Sie den Stammtisch
durch ein entscheidungsrelevantes Gremium!



Die FWG-Fraktion hat sich in der Vergangenheit wiederholt zum Strompreis positioniert. Wir vertreten die Auffassung, dass grundsätzlich bei Verbrauchsgebühren, sei es Wasser, Abwasser, Strom oder auch die Müllentsorgung, das Kostenprinzip gelten sollte. Nötige soziale Ausgleichsmaßnahmen sind nicht einzupreisen, sondern separat zu ermitteln und zu erbringen. Die Aufgabe des Gemeinderates ist es, kontinuierlich zu überprüfen, ob die Kosten verringert werden können. Unsere Aufgabe ist es nicht politische Preise festzusetzen. Bedauerlicherweise hat man in der Vergangenheit Gewinne des E-Werkes nicht an den Bürger weitergegeben. Die Auffassung der Verwaltung

und der Gemeinderatsmehrheit, dass die Gewinne des E-Werkes ja auch der Allgemeinheit zuflössen, ist zwar finanztechnisch richtig, aber ordnungspolitisch verkehrt, denn es schwächt die Verkaufschancen des E-Werkes, es erzeugt ein falsches Kostenbewusstsein, es ignoriert, dass das Stromnetz der Gemeinde bereits von den Bürgern bezahlt wurde und es benachteiligt alle, die nicht selbst Strom produzieren. Darüber hinaus subventionieren die Kleinverbraucher die Großkunden. Die nötige Preissteigerung ist der Preistreiberei der Bundespolitik geschuldet. Die Bereitstellung von Ökostrom durch die Gemeinde Stockstadt soll dem Ortsbürger die Möglichkeiten eröffnen, so er möchte, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dass der Staat dem Bürger den Klimaschutz nicht leicht macht, zeigt folgende Analyse des Strompreises. Im neuen Verkaufspreis von 22,48 Cent/kWh sind enthalten.

Einkauf	4,600 Cent
EEG-Umlage	6,400 Cent
Umlage abschaltbarer Lasten	0,005 Cent
Off-Shore-Umlage	0,416 Cent
Netzgeld-Umlage	0,305 Cent
KWK-Umlage	0,280 Cent
Stromsteuer	2,050 Cent
Netznutzung	5,520 Cent
Konzessionsabgabe	1,320 Cent
Verwaltungskosten	1,584 Cent

treuer für die stadt a. Main ERHARD CKNER Hinzukommen 19 % Mehrwertsteuer. Der Staat erhebt also eine Mehrwertsteuer auf seine Stromsteuer. Effektiver und hinterhältiger kann man Preistreiberei nicht betreiben. Gemessen daran sind die 0,25 Cent die der Gemeinderat an Kostenmehrung pro kWh verursacht, indem er Wasserkraftstrom einkauft sicher vertretbar. Der durch Stockstadt verursachte Ökoanteil am Strombruttopreis von 26,75 Cent beträgt gerade mal 1%. Trotz der Preiserhöhung liegt der Preis des Ökostroms der Gemeindewerke mit 24,85 Cent/kwh deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 29,16 Cent/kwh. Mit einer gewissen

Genugtuung können wir feststellen, dass darauf verzichtet wurde, den Strompreis über das

absolut notwendige Maß hinaus anzuheben.

STRAßENAUSBAUBEITRÄGE

Die Straßenausbaubeiträge, kurz Strabs genannt, wurden vom bayerischen Landtag abgeschafft.

Bei ihnen handelte es sich um eine Abgabe, die der Grundstückseigentümer zu entrichten hatte, wenn die Straße, an der sein Anwesen liegt, erneuert wurde und dabei eine deutliche Verbesserung der Straße erreicht wurde. Der Anlieger musste die Kosten aber nicht in voller Höhe übernehmen, sondern nur einen Prozentanteil, je nachdem wie die Straße bezüglich der Verkehrsdichte eingestuft wurde. Dies führte immer wieder zu Streitigkeiten, weshalb es richtig war, die Straße abzuschaffen gemäß dem Motto: Jeder darf auf jeder Straße fahren, deshalb sollen die Straßen auch von allen gleichermaßen bezahlt werden. Die für die Gemeinden äußerst wichtige Frage ist aber, aus welchen Steuertöpfen werden die Straßenerneuerungen bezahlt? Übernimmt das Land Bayern die Kosten oder müssen die Gemeinden die Kosten tragen? Zumindest im Zuge der letzten Landtagswahl wurde der Eindruck erweckt, dass das Land die Kosten

übernehmen sollte. Jetzt wurden von der Staatsregierung Zahlen genannt. Für 2019 sollen

für ganz Bayern 35 Millionen Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung stehen. Ist der hieraus für Stockstadt zu errechnende Anteil ein auskömmlicher Betrag? Verteilt man das Geld gleichmäßig über Bayern, bekommt Stockstadt 21.000 Euro. Das Straßennetz in Stockstadt ist 37,4 km lang und wird über 25 Jahre abgeschrieben.

Wir müssen in Stockstadt also jedes Jahr 1,5 km Straße erneuern.

Die letzte veranlagte, also vom Bürger zu zahlende Straßenerneuerung belief sich in der Goethestraße bei einer Länge von 130 m auf 191.700 Euro. Der laufende Straßenmeter kostete somit 1.474 Euro, wovon der Bürger 80 %, also 1.179 Euro zu zahlen hatte. Wenn wir unser Straßennetz in einem stets ordentlichen Zustand halten wollen, fehlen der Gemeindekasse 1.769.538 Euro (minus 21.000 Euro) an Straßenausbaubeiträgen pro Jahr (1,5 km x 1179 Euro m bei einem Kostenanteil der

Bürger von 80 % bei reinen Wohnstraßen) oder anders ausgedrückt: Jeder Stockstädter

Bürger wird gleichmäßig Jahr für Jahr mit 221 Euro belastet (z. b. über eine Erhöhung der Grundsteuer). Die Überschlagsrechnung zeigt, dass der Ausgleich des Landes für die wegfallenden Strabs völlig unzureichend ist

und dringend erhöht werden muss.



Die Deutsche Bahn wird im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen der Mainbrücke den Fußund Radüberweg in diesem Jahr **über Monate hinweg komplett sperren**. Dies bedeutet für viele von Ihnen weite Umwege oder die Notwendigkeit, doch wieder ihren PKW benutzen zu müssen. Unserer Ansicht nach wäre es jetzt an der Zeit, uns von der Willkür der Deutschen Bahn zu emanzipieren.







Wir brauchen eine separate Rad- und Fußgängerbrücke über den Main.

Wir denken, die Zeit ist reif, denn Fuß- und Radweg entlang der Bahnbrücke beschäftigt uns bereits seit 2016. Damals beantragten wir, den Steg auf 2,50 Meter zu verbreitern, um die Nutzung zu erleichtern und für Radfahrer attraktiver zu machen. Dies scheiterte damals an der mangelhaften Statik der Brücke. Zum Haushalt 2018 beantragten wir deshalb, die Möglichkeit einer eigenen Fußgänger- und Fahrradbrücke über eine Machbarkeitsstudie auszuloten. Der Landkreis und die Gemeinde Mainaschaff sollen mit ins Boot geholt werden sowie Fördermöglichkeiten für überregional relevante Radwege gesucht werden. Für die Sperrung über den ganzen Sommer hinweg brauchen wir aber eine schnelle Lösung. Die Bahn muss aufs energischste angewiesen werden, eine Überfahrt zu ermöglichen.

SCHWERPUNKTE DER GEMEINDERATSFRAKTIONEN

Zum Haushalt 2019 (aus der Rede von Jutta Herzog)

Der erste Entwurf des Haushaltes sah eine Neuverschuldung von über 2 Mio. Euro vor. Dies war für die FWG-Fraktion nicht akzeptabel. In den Vorberatungen zum Haushalt 2019 konnte erreicht werden, dass die geplante Neuverschuldung um über eine Million Euro reduziert wurde. Gestrichen wurden Verschönerungsmaßnahmen wie

z. B. Gehwegsanierungen, während aus unserer Sicht wesentliche Vorhaben wie

z. B. der Grundschulneubau weiterverfolgt werden.

Der immer noch sehr hohen Kreditaufnahme von geplant 1,1 Mio. Euro konnten wir zustimmen, da eine Reihe von Einnahmepositionen wie z. B. Erstattungen für Straßenausbaubeiträge oder Kindergartengebühren im Haushalt noch nicht berücksichtigt werden konnten, da der Landtag

die hierfür nötigen verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen noch nicht abgeschlossen hat. Unterm Strich wird am Ende des Jahres ohne Berücksichtigung zusätzlicher Einnahmen bei einem Schuldenstand von 2.828.399 Euro und einer Rücklage von 2.864.000 Euro die Gemeinde Stockstadt schuldenfrei sein.

Es gelang uns trotz angespannter Lage, dass Maßnahmen zur Förderung einer intakten Umwelt weiterentwickelt und fortgeführt werden. In Ergänzung unserer Anträge in den letzten Jahren zu Blühflächen und

Streuobstwiesen etc. wurden eine auskömmliche Summe (20.000€) in den Haushalt eingestellt, damit private Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität unterstützt werden können.

Weiterhin galt es, die **Finanzierung einer "Stockstadt-App"** sicherzustellen mit dem Ziel, für die Bürger Stockstadts ein unkomplizierter Zugang zur Gemeindeverwaltung zu schaffen, der es ermöglichen soll, von zu Hause und unterwegs aus nötige Verwaltungsvorgänge zu erledigen. Dies kann sicher nur der Anfang eines Prozesses sein, deren Ende im Idealfall das "digitale Rathaus" und die volle Vernetzung steht. Kostengünstig, vereinfacht und jederzeit für den Bürger erreichbar. Mittelfristig ist unser Ziel, möglichst alltagstaugliche und praktische Funktionen

anzubieten, die es den Bürgern ermöglichen soll, unsere Infrastruktur optimal zu nutzen.

Weiterhin wurde von uns beantragt, **Sicherheitsdefizite im öffentlichen Bereich zu identifizieren** (z.B. Was geschieht während eines längeren Stromausfalls oder im Katastrophenfall) und einen Finanz- und Logistikplan zu ihrer Bewältigung zu erstellen.

Soweit im Wesentlichen zu unseren Anträgen. Alle Themen, die wir in unserer Prioritätenliste weit oben ansiedeln, werden selbstredend auch weiterhin bearbeitet und begleitet. Hier seien nur als Schlagworte genannt:

Sanierung des Waldschwimmbads, Neubau der Grundschule, Entwicklung von Kindergärten und Hort,

Ortskernsanierung bzw -umgestaltung mit deutlicher und nachhaltiger Belebung des Einzelhandels vor Ort.

das optimale Ausstatten der Feuerwehr, etc pp.



Die Beauftragung eines Gutachtens für die Auswahl eines geeigneten Standorts wurde im Dezember 2018 beschlossen. Wir werden uns selbstredend an diesen Beschluss halten, denn das Gelingen eines Millionenprojekts wie dieses verträgt keine persönlichen Befindlichkeiten, Meinungen oder gar parteipolitische Taktik. Wir werden den Komplex fachtechnisch klären lassen und anschließend eine einvernehmliche Lösung basierend auf guten Argumenten finden.

99 -

servus@ jutta-herzog.de

Ein ganz herzliches Dankeschön allen Besuchern unseres bayerischen Frühschoppens am 31. März 2019. Wir haben uns sehr über Ihr Kommen gefreut und begrüßen Sie gerne am 22. März 2020 wieder zu Weißwurst, Brezeln, Blasmusik und einem fröhlichen "Prosit".

Unser "Steckster Gebabbel" in der 3. Auflage ist nun veröffentlicht. Wir sind sehr stolz und glücklich, dass Ihnen das Werk ein wenig Freude bereitet und Sie vielleicht an "alte Zeiten" erinnert oder zum Singen animiert hat. Wenn Sie noch kein Exemplar Ihr Eigen nennen, schreiben Sie mir einfach eine Email servus@jutta-herzog.de , fragen im Hofladen des Auhofs nach oder rufen vormittags unter 06027-1690 an. Meine Kollegen oder ich werden uns umgehend darum kümmern.

Um in den nächsten 10 Monate auch sprachlich souverän das Ortsgeschehen kommentieren und diskutieren zu können, werden in unseren Veröffentlichungen jeweils passende Vokabeln und Redewendungen veröffentlicht. Wenn Sie möchten, schneiden Sie sie einfach aus und legen sie in ihre Steckster Gebabbel Ausgabe, bis der nächste Band erscheint (also so wie die Schdääwebildschen ins Gesongbuch)

Herzliche Grüsse, Ihre Jutta Herzog



"die gonz Gääschend fullkraysche" vehement und leicht aufdringlich, mit großem medialen Getöse die eigene Auffassung vertreten; auch:monothematische und undifferenzierte Meinungsäußerung

Kall, wo is die Mistgawwel? Jetzt will ich mal zur Demo, und schon ist das wichtigste Utensil verschwunden.

Isch krieschs on die Nerve! Mein Geduldsfaden ist ausgesprochen dünn...

Solle grood mache, wos se wolle Ich bin des Zuhörens/Mitdenkens überdrüssig, meine Zeit ist mir zu schade für fruchtlose Diskussionen

Bleib mer fodd! Bitte belästige mich nicht

Des iss jezz äwwä ooosch widisch! Hier pflegt aber wieder jemand seine Profilneurose!

Herr, loss Hänn rääschne Lieber Gott, gib den Deinen Weisheit

Der/die iss sisch fer NIX ße schood Er/sie versucht auf würdelose Art und Weise, seine Agenda durchzusetzen/ sich in den Vordergrund zu spielen

Wos waasern jezz scho wärrä? Er leidet an Logorrhoe (und alle anderen mit ihm)

Wosn Zoores Welch ermüdende, unübersichtliche Streiterei

Wadd! Isch schdell hoddisch moi Heergereed aus! –Jezz konnste! Einen kleinen Augenblick, ich bin gleich ganz Ohr;)

De Bäddel hiieschmayße Das Handtusch werfen







